

Drucker kurz vor Beginn der Bücherfaison, wo die Verleger Eile haben, also im Spätsommer, zu feiern beginnen müssen. Sie haben aber nicht wie Maurer und Schneider gehandelt, sondern den für den Verlags-handel günstigsten Monat des ganzen Jahres gewählt, den Januar nämlich. Dieser Umstand und die außerordentliche Höhe der Mehrforderungen verleiteten anfänglich zu der Annahme: die Gehilfen würden diesmal ihren Willen nicht durchsetzen. Sie haben ihn aber durchgesetzt und vollständig oder im Wesentlichen alles erzielt, was sie wollten.

Die Genossenschaft der Leipziger Buchdrucker theilte beim ersten Strike, im Jahre 1865, mit, daß die Lohnsätze ihrer Gehilfen von 1840 bis gegen Mitte der sechsziger Jahre um nahezu 50% aufgebeffert worden seien. Nur ein einziges Zugeständniß war während dieser Zeit abge-nöthigt worden, in dem politischen Bewegungsjahre 1848, und dies wurde nach einigen Monaten wieder rückgängig. Der Grund dafür wird noch gegenwärtig in Leipziger Gehilfenkreisen mit dem Eintritt der politischen Reaction in Zusammenhang gebracht, obschon dieselbe viel später eintrat. Der eigentliche Grund war, daß die Production im nämlichen Jahre, zwar nicht wegen jener Lohnerhöhung, um 25% und in dem Jahre danach noch tiefer sank.

Bis zum Jahre 1848 hatte der Tarif pro 1000 n (bis jüngst die Maßeinheit für die Berechnung) auf 16, 17 und nur in einzelnen Fällen und ganz zuletzt auf 19 Pf. gestanden. Vor der Arbeitseinstellung im Jahre 1865 stand er auf 25 Pf. und wurde infolge derselben neben anderen Zugeständnissen auf 28 Pf., Johanni 1870 auf 30 Pf., am 1. December 1871 durch abermaligen Zuschlag factisch auf 35 Pf. erhöht.

Anfangs 1872 fand der Stuttgarter Strike Statt, welcher ebenfalls ein Vierteljahr lang dauerte. Auf Antrag des dortigen Prinzipal-Vereins resp. eines Buchdruckertags, den derselbe nach Eisenach eingeladen hatte, beschloß die Generalversammlung des im Jahre 1870 entstandenen Deutschen Buchdrucker-Vereins (Prinzipale), Maßregeln vorzubereiten zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines abermaligen Strikes. Ein weiterer Beschluß ging dahin, einen Normaltarif für ganz Deutschland einzuführen und dessen Ausarbeitung womöglich in Verbindung mit den Gehilfen vorzunehmen.

Der schon im Jahre 1865 gebildete Gehilfen-Verband verteilte jedoch die Wahlen, da er sich bei der Anordnung derselben zurückgesetzt glaubte. Man bereitete demgemäß selber einen Tarif vor und lud nun seinerseits die Prinzipalität zur Mitberathung ein, natürlich ebenfalls ohne Erfolg.

Die Agitation der Gehilfen war vornehmlich gerichtet auf Einführung der Alphabet-Berechnung (d. i. die ideale Durchschnitts-Buchstabengröße des ganzen Alphabets an Stelle des bestimmten einzelnen Buchstaben n), womit bei gleichem Tarif wie für die bisherigen 1000 n eine beträchtliche Lohnsteigerung für alle Arbeiten von selbst gegeben war. Hannover fügte sich dieser Forderung; Berlin lebte unter fast täglich vorkommenden partiellen Strikes; kleinere Orte wurden gezwungen, nachzugeben; in Braunschweig trat eine ernste Bewegung ein.

Der geschäftsführende Ausschuß des Prinzipal-Vereins hielt unter diesen Umständen am 2—4. December v. J. eine Conferenz in Leipzig ab, deren Resultat der Beschluß war, den eventuellen Strike einer geschlossenen Vereinigung von Gehilfen mit der allgemeinen Kündigung aller Mitglieder eines solchen Vereins zu beantworten. Dieser Beschluß erlangte Gültigkeit für den Verein; in Leipzig, Breslau, Magdeburg, München, Cassel und in andern Städten constituirten sich Localvereine zum gegenseitigen Schutz.

Darauf änderten die Gehilfen ihren Operationsplan. Man gab den kleineren Kampf in Braunschweig auf und beschloß, das

Centrum der Agitation, Leipzig, ins Gebet zu nehmen, in der Ueberzeugung, daß, wenn Leipzig sich gefügt, die übrigen Städte bald nachgeben müßten. Den früher in Vorbereitung genommenen Tarif ließ man fallen und berief zur Aufstellung eines neuen Delegirte des Verbands nach Leipzig, indem man gleichzeitig wiederum die Prinzipale zur Mitwirkung einlud. Nach der früheren Ablehnung und insbesondere nach dem Beschluß der Prinzipal-Conferenz vom 2—4. December wurde wohl kaum die Annahme dieser Einladung vorausgesetzt.

Der Verband bereitete auch schon, noch bevor seine Tarif-Commission zusammengetreten war, den Strike in Leipzig vor, indem er eine größere Anzahl seiner dort in Arbeit stehenden Mitglieder, mit Reisegeld versehen, entfernte. Die Delegirten traten am 15. Januar zusammen, sechs Tage später, am 21., legten die Gehilfen den Leipziger Prinzipalen ihren Tarif vor, mit dem Verlangen, sich darüber bis zum 23. zu erklären. Auf geschehene Ablehnung kündigten am 25. Januar etwa 300 Mann, den übrigen Verbandsgehilfen wurde der übernommenen Verpflichtung gemäß von den Leipziger Prinzipalen am 1. Februar gekündigt.

„Nicht Wenige der Strikenden“ hatten dabei, wie constatirt wurde, ihre Contracte gebrochen, theilweise mit empfangenen und nicht zurückgezahlten Vorschüssen. Diese Vorschüsse rührten von Vorausberechnungen noch zu leistender Arbeit her, eine Unsitte in den Wochen-Abrechnungen, die in den Buchdruckereien, namentlich unter den Verhältnissen der Neuzeit, schwer zu vermeiden zu sein scheint.

Der Gegenstand des Streits war nun, was wohl zu beachten ist, keineswegs eine einfache Ablehnung von Mehrforderungen. Die Leipziger Prinzipale hatten zweimal friedlich nachgegeben: Johanni 1870 und December 1871. Sie würden auch diesmal unbedingt ihren Gehilfen wieder entgegengekommen sein, ganz im Geiste jener Auffassung, welche im gemeinsamen Vereinsorgan zu lesen ist, wonach das Streben der Prinzipal-Vereinigung dahin zu gehen hat, ihren Gehilfen mit Mehrbewilligungen „zuvorkommen“, um eben Strikes zu vermeiden. Ein Strike kann daher in diesem Gewerbszweige eigentlich nur noch dadurch zu Stande gebracht werden, daß sich die Gehilfen mit neuen Zugeständnissen nicht „zuvorkommen“ lassen wollen.

Man wird dies Verhältniß etwas eigenthümlich finden, denn auch der gutmüthigsten Prinzipalität geht doch sonst, wenn die Mehrforderungen so häufig und kurz nacheinander wie hier vorkommen, zuletzt einmal die Geduld aus; sie weicht dann dem Strike nicht aus, sondern läßt es ruhig darauf ankommen, um in diesem Wege die neuen Forderungen ganz oder zum guten Theil abzuwerfen.

Im Vergleich mit anderen Arbeitgebern, die gleichzeitig auf eigenes Risiko arbeiten (was die Drucker-Prinzipale gewöhnlich entweder gar nicht oder nur theilweise thun) und daher die Differenz zwischen der Lohnsteigerung und der Möglichkeit der Preiserhöhung gegenüber dem Publicum direct auszubaden haben, ist freilich den Druckereibesitzern das Mehrbewilligen leicht gemacht. Der Strike verurtheilt sie zum Stillstand ihrer Thätigkeit, dagegen die höheren Löhne wälzen sie entweder zum besten Theil oder auch gänzlich auf den Hauptkunden, den Verlags-handel, ab, und dieser ist durch die Fortsetzung begonnener und durch die Druckherstellung längst contrahirter Werke (von den noch schlimmer gebundenen Zeitungs- und Zeitschriften-Verlegern zu schweigen) von langer Hand engagirt, kann daher nicht zurück. Es sind das Zwangssteigerungen, bei denen für den direct Betroffenen ein Parlamentiren nicht denkbar ist, auch wenn ihm, wie diesmal vielfach geschehen, der nothwendige Unternehmergewinn bis zum letzten Rest aufgesaugt und hierüber hinaus für die nöthigen Fortsetzungen auch noch eine merkliche Zubuße auferlegt wird, denn er hat sich diesen Ansprüchen einfach zu fügen, wenn er nicht bis dahin Maculatur gedruckt haben will.